

Keine Förderung deutscher Direktinvestitionen im Ausland

In letzter Zeit ist immer wieder die Forderung erhoben worden, deutsche Direktinvestitionen im Ausland von staatlicher Seite aus zu unterstützen. Auch der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (Ziff. 10) hält „eine Verstärkung der deutschen Direktinvestitionen im Ausland (für) wünschenswert“. Der private Kapitalexport in Form der Kreditgewährung soll nicht mehr im bisher vorhandenen Ausmaß durchgeführt werden, statt dessen soll die Verbreiterung des Kapitalexports durch Direktinvestitionen im Ausland erfolgen. Mit ein Grund für die reservierte Einstellung gegenüber dem privaten Kapitalexport als Mittel zum Ausgleich der Zahlungsbilanz sind die sich daraus ergebenden Rückwirkungseffekte in Gestalt höherer Exportüberschüsse. Mittelfristig gesehen erweist sich dieses Instrument als arational. Wer das erkennt und daraus eine Förderung deutscher Direktinvestitionen im Ausland zur Entlastung unserer Handelsbilanz ableitet, handelt aber noch lange nicht rational. Im Prinzip tauchen nämlich bei diesem instrumentalen Einsatz die gleichen Bumerangeffekte auf. Die Handelsbilanz wird von ihren Exportüberschüssen nicht nur nicht befreit; es kann sogar der Fall eines vermehrten außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts eintreten. Damit wird das Sozialprodukt in seiner Verwendungsstruktur „präjudiziert“ mit den verteilungspolitisch bekannten nachteiligen Folgen. Um welche Zusammenhänge geht es hier im einzelnen?

I

iiine geringere Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik — das Spiegelbild einer verstärkten Investierung im Ausland — wirkt auf das deutsche Volkseinkommen *Wachstumsverlangsamend*. Einmal konjunkturell durch die abrupt sinkende wirksame inländische Nachfrage und zum anderen wachstumsmäßig durch das künftig zu erwartende geringere Produktionspotential, das entscheidend durch den Kapazitätseffekt der Investitionen bestimmt wird. Sicher darf man den konjunkturellen Aspekt nicht allzu stark mit einem Zwangsläufigkeitsglauben versehen — wie es nur allzuoft in vielen Bereichen geschieht —, der eine geringere, durch die Unternehmer hervorgerufene Investitionstätigkeit, mit einer kräftigen konjunkturellen Entspannung — via Multiplikator — gleichsetzt. In der Bundesrepublik besitzen wir zwar ein Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, das den der Wettbewerbswirtschaft immanenten Tendenzen zur Instabilität durch fiskal- und kreditpolitische Maßnahmen begegnen kann und damit ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht herbeiführt. Aber der Einsatz des im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten Instrumentenkatalogs zum Ausgleich der durch die Förderung deutscher Direktinvestitionen im Ausland entstehenden Wachstumsverlangsamung in der Bundesrepublik ist gar nicht gewollt. Vielmehr sollen die Direktinvestitionen im Ausland geradezu eine konjunkturelle Entschärfung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung herbeiführen; nicht beachtet wird die außenwirtschaftliche Seite.

Im großen und ganzen bewegen sich inländische Nachfrage und Zunahme der Importbedürfnisse in der gleichen Richtung, wobei das Ausmaß der deutschen Nachfrage nach ausländischen Erzeugnissen im Stadium der Vollauslastung der Kapazitäten überproportional zunimmt. Eine geringere inländische Expansion ist damit auch mit niedrigeren Importen verbunden, ebenso wie eine starke inländische Nachfrageausweitung einen hohen Importsog ausübt. Diese in der Wirtschaftstheorie herausgearbeitete *Einkommensabhängigkeit der Importe* ist nicht nur eine theoretische Spielerei; sie besaß auch für die vergangene Zeit äußerste Relevanz. Im Jahr 1968 war für die hohen Exportüberschüsse ein ungenügendes Ausschöpfen der vorhandenen Produktionskapazitäten verantwortlich. Das stellt auch der Sachverständigenrat in seinem letzten Gutachten fest, indem er dem Staat vorwirft, durch seine konjunkturdämpfende Politik zur Bremsung des Import-

anstiegs und zur Begünstigung der Esportzunahme beigetragen zu haben (Ziff. 119): „Die Bundesrepublik produziert nicht nur weniger als sie könnte, sie verwendet auch weniger für sich als sie produziert.“

Eine verringerte inländische Investitionstätigkeit — wie sie durch die Förderung deutscher Direktinvestitionen im Ausland zweifellos eintritt — ist damit automatisch durch die geringere Importzunahme mit einem — *ceteris paribus* — höheren Handelsbilanzüberschuß verbunden. Die staatliche Unterstützung durch Subventionen für die im Ausland investierenden Unternehmer kommt damit einer restriktiven Haushaltspolitik gleich, obwohl Investitionszuschüsse gezahlt werden. Das ist jedoch keineswegs der einzige — hinsichtlich der außenwirtschaftlichen Entwicklung — negative Effekt. Genau dieselben Zusammenhänge wie sie in der Bundesrepublik in kontraktiver Sicht auftreten, können im Ausland beobachtet werden — allerdings in umgekehrter Richtung.

II

Eine erhöhte Investitionstätigkeit im Ausland stärkt das dortige Wirtschaftswachstum. Bei der unterstellten Parallelbewegung zwischen Volkseinkommen und Importbedarf nehmen zwangsläufig die ausländischen Importe zu, was gleichbedeutend ist mit deutschen Exporten. Der *Zuwachs an ausländischen Importen* (= deutsche Exporte) hängt dabei von der Höhe des Multiplikatorwertes und von der ausländischen marginalen Importneigung ab. Dazu ein Beispiel:

Nehmen wir eine Investitionssumme von 100 DM an, dann entstehen bei einem Multiplikatorwert von drei und einer marginalen Importneigung von 10 % zusätzliche ausländische Importe von 30 DM. Dieses Beispiel macht gleichzeitig deutlich, daß die geringere Investitionstätigkeit nicht automatisch — was manchmal unterstellt wird — über den Bumerangeffekt kompensiert wird und damit zu einem unveränderten Volkseinkommensniveau führt. Es entsteht in unserem Rechenbeispiel immerhin eine Produktionslücke von 70 DM. Wäre das nicht so, sondern würden Investitionsminderungen und induzierte Exporte sich die Waage halten, erübrigte sich — unabhängig von der binnenkonjunkturellen Lage — der Einsatz ökonomischer Instrumente zur Aufrechterhaltung der Gesamtnachfrage.

Der direkte Zusammenhang zwischen deutscher Handelsbilanz und ausländischer Wirtschaftsentwicklung wird allerdings in dem Maße unterbrochen, wie sich der ausländische Importbedarf auf mehrere Länder verteilt. Dann ist ein vermehrter ausländischer Import von Waren und Dienstleistungen nicht automatisch mit einem vermehrten Export deutscher Waren gleichzusetzen. Der Zusammenhang ist zwar nicht mehr so stringent, jedoch besteht er immer noch tendenziell und wird außerdem durch die multinationalen Interdependenzen unterstützt. Somit sind sowohl die inländischen Einwirkungen (siehe I) als auch die ausländischen Einflüsse für die Entwicklung der Handelsbilanz negativ zu beurteilen. Beide Faktoren wirken *überschußerhöhend*.

Für die Gesamtbeurteilung der warenmäßigen Verflechtungen und Auswirkungen sind zwei Modelle heranzuziehen. Einmal können bisher exportierte Güter künftig im Ausland produziert werden. Der Entlastung der Handelsbilanz durch den Wegfall der Exporte stehen jedoch Folgewirkungen (siehe I und II) gegenüber, die den primären Effekt kompensieren, wenn nicht sogar überkompensieren. Zum anderen können bisher im Inland *produzierte und verbrauchte* Waren dadurch zu Außenhandelsgütern gemacht werden, daß die Errichtung von Produktionsstätten im Ausland dem Bezug von deutschen Importwaren dient. Damit wird die unter II erläuterte Folgeerscheinung relativiert. Die Feststellung unter I bleibt davon unberührt. Dem höheren deutschen Export, wie er durch die forcierte ausländische Entwicklung bedingt ist, stehen bei dieser Modellvariante vermehrte deutsche Importe — durch die Verlagerung der Produktionsstätten

— gegenüber. Der ausländische Einfluß auf die deutsche Handelsbilanz ist nicht mehr ganz so nachteilig, er bleibt aber bestehen.

III

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik ist noch dadurch ausgezeichnet, daß über eine Million Gastarbeiter beschäftigt sind, die durch ihre hohen Überweisungen wesentlich zur Entlastung der Bilanz der laufenden Posten beitragen. Eine konjunkturelle Abschwächung ist mit einem überproportionalen Rückgang der ausländischen Arbeitskräfte verbunden, wie umgekehrt eine kräftige Wirtschaftsexpansion einen starken Sog auf die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften ausübt. Der internationale Konjunkturverbund ist somit sowohl auf dem Waren- als auch auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten. Ganz deutlich kommt dies im Jahr 1967 zum Ausdruck, als die Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Ausländer um 230 000, also um 20 %, abnahm. Entsprechend entfielen die Überweisungen der Ausländer in ihre Heimatländer, so daß ein Überschuß verursachender Faktor entstand. Das gleiche gilt bei der Förderung deutscher Direktinvestitionen im Ausland. Auch hier führt eine Entspannung am Arbeitsmarkt zu einem überproportionalen Rückgang an ausländischen Arbeitskräften und damit an Überweisungen, die devisenentlastend wirken können.

Alle drei genannten Faktoren sprechen gegen eine Förderung der Auslandsinvestitionen. Der Handelsbilanzüberschuß kann durch ein derartiges Programm nicht beseitigt werden. Es besteht sogar die Gefahr, daß die ausländische Verwendung des Sozialprodukts noch zunimmt.